

# Narmada: Gujarat setzt Fakten

## Permanente Überschwemmung unausweichlich?

Am 23. Februar 1993 begann die Staudammgesellschaft mit Rückendeckung der Regierung Gujats ganz überraschend und ohne vorherige Ankündigung mit den Arbeiten zum Betonieren der bisher noch offenen Schleusen im Sardar-Sarovar-Damm, indem sie die Schleusen mit zehn Stahltoeren verschloß. Unmittelbar danach begann das Wasser zu steigen, Mitte März hatte es bereits eine Höhe von über 50 Metern erreicht, Felder und die ersten Hütten waren überschwemmt. Auch der Tempel von Manibeli stand bis auf seine Türme unter Wasser. Das Betonieren der Schleusen, das die Stahltoere ermöglichen sollten, konnte bisher jedoch aufgrund einer einstweiligen Verfügung des Hohen Gerichts in Gujarat verhindert werden.

Noch im Januar hatte die Narmada-Kontroll-Behörde auf Drängen des Umwelt- und des Sozialministeriums ein Schließen der Schleusen und damit den Beginn der permanenten Aufstauung des Stausees vorerst ausgeschlossen. Stattdessen war im Januar sogar ein Baustop verfügt worden, da die notwendigen Umsiedlungen noch nicht stattgefunden hätten und Umweltverträglichkeitsstudien nicht ausreichend vorlägen. Auch ein Treffen zwischen Premier Rao und den Ministerpräsidenten der drei beteiligten Bundesstaaten Gujarat, Maharashtra und Madhya Pradesh im Januar war allgemein in diese Richtung interpretiert worden. Die anschließend veröffentlichte Stellungnahme hatte von einem Baustop bei einer Dammhöhe von 68 Metern gesprochen. Zu dem Zeitpunkt war der Damm jedoch bereits 72 Meter hoch.

Wie ernst die Weltbank mittlerweile die Proteste gegen den Staudamm nimmt, wird auch daran deutlich, daß sie bereits am 24. Februar einen Brief der indischen Regierung veröffentlichte, in dem diese die Schließung der Schleusen rechtfertigt. Wir dokumentieren im folgenden diesen von der Weltbank veröffentlichten Brief und die Stellungnahme Medha Patkars von der 'Narmada Bachao Andolan' (Bewegung zur Rettung der Narmada) über die Auswirkungen der Schleusenschließung.

In einem Brief vom 23 Februar 1994 hat die indische Regierung der Weltbank die folgenden aktuellen Informationen über verschiedene Themen im Zusammenhang mit der Implementierung des Sardar Sarovar (Narmada) Projektes mitgeteilt:

"Dieses [Schreiben] will die Position bezüglich der wichtigsten aufgekommenen Themen klären. Diese beziehen sich auf (i) das Schließen der Bauschleusen im Sardar Sarovar Damm, (ii) die Erhöhung des Dammes während dieser Bausaison und (iii) die Koppelung dieser beiden genannten Punkte mit der Umsiedlung und Entschädigung der Projektbetroffenen. Ein vierter damit zusammenhängender Punkt könnte die Sicherheit des Dammes im Zusammenhang mit den Bauschleusen sein.

Wie Ihnen bekannt ist, hat die Narmada-Kontroll-Behörde (NCA) der Weltbank bereits den detaillierten Aktionsplan für Umsiedlung und Entschädigung überreicht, zusammen mit der Antwort auf die Durchführungskriterien, in der die Einzelheiten der Koppelung von Fortschritten bei der Durchführung von Umsiedlungs- und Entschädigungsmaßnahmen mit dem Fortschreiten der Bauarbeiten am Damm beschrieben wurden. Das Sardar Sarovar Bauberatungs-Komitee (SSCAC) des Ministeriums für Wasserressourcen hat versichert, daß diese Koppelung in vollem Maße eingehalten wird. Das SSCAC trifft sich regelmäßig, um die Bauarbeiten zu überwachen, wozu auch die Erhöhung verschiedener Blöcke des Dammes unter Berücksichtigung der Fortschritte bei Umsiedlung und Entschädigung gehört.

Trotzdem scheint es einige Mißverständnisse bezüglich des Schließens der Bauschleusen des Dammes zu geben. Diese Schleusen sind eine Reihe von temporären Öffnungen (10 an

der Zahl) in 18 Meter Höhe im Fuß des Dammes, die nur eingerichtet wurden als Umleitungsvorrichtung, um das Wasser in Niedrigwasser-Perioden ablaufen zu lassen. Sie haben wenig Einfluß auf die Wasserhöhe während des Monsun, unabhängig davon, ob sie geschlossen sind oder nicht. Die Wasserhöhe flußaufwärts des Dammes wird bestimmt durch die Wassermenge und die Fließgeschwindigkeit. Diese Schleusen stehen in keinerlei Beziehung zu den Programmen für Umsiedlung und Entschädigung [sic!].

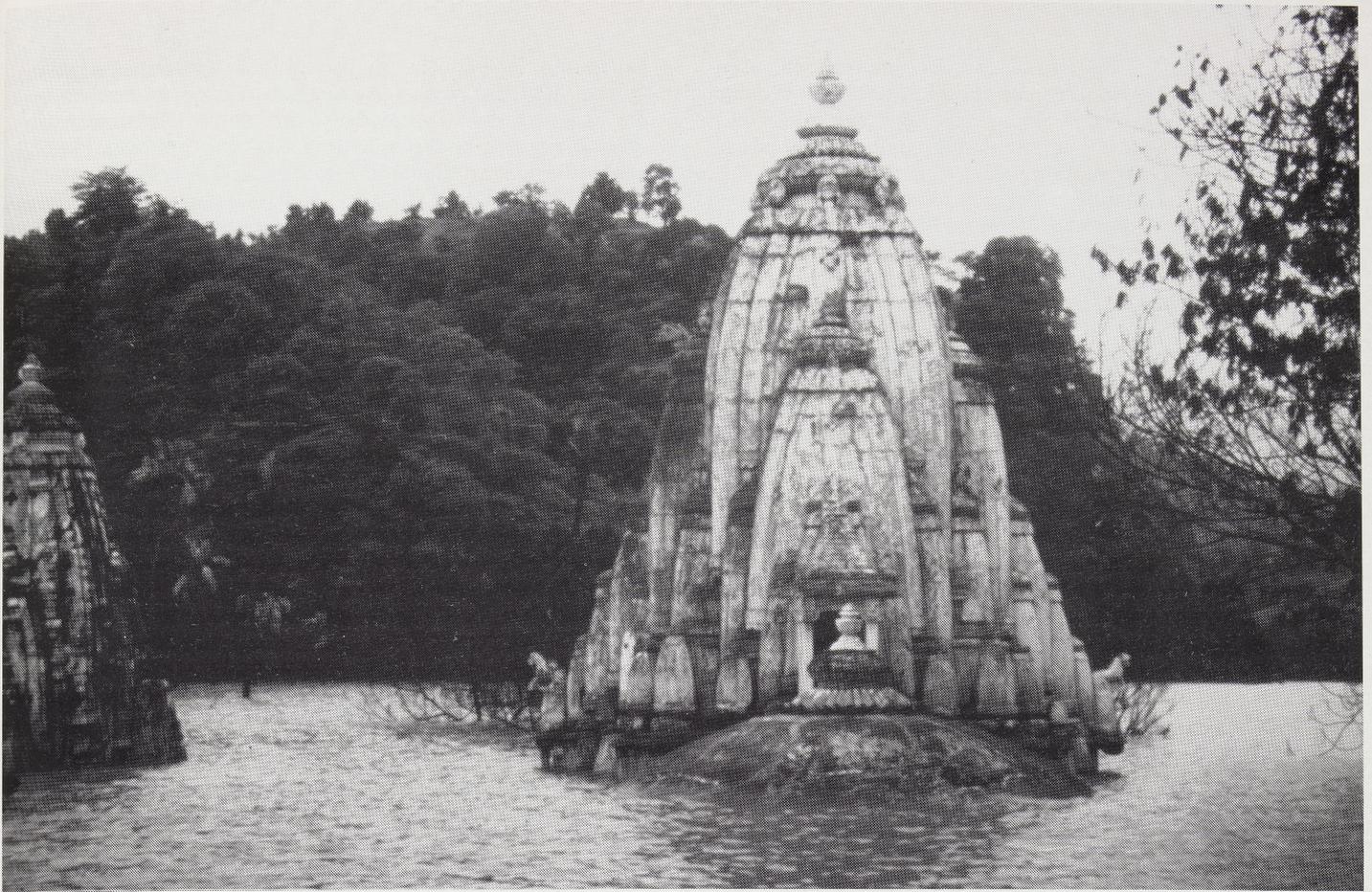
Es ist allgemein bekannt, daß das Gelände des Auffangbeckens flußabwärts der Schleusen bisher nicht bearbeitet wurde. Nur das Schließen der Schleusen würde ein solches Bearbeiten ermöglichen, um die Sicherheit der Dammstruktur zu gewährleisten. Die große Bedeutung der Sicherheit des Dammes ist ein akzeptierter Faktor. Zuvor war geplant worden, diese Bearbeitung vor dem Monsun 1993 vorzunehmen. Damals konnte sie jedoch wegen der Probleme bei der Umsetzung von Umsiedlungs- und Entschädigungsmaßnahmen in Maharashtra nicht durchgeführt werden. Deshalb war die Entscheidung über das Schließen der Schleusen auf das Baujahr 1993-94 vor Einsetzen des Monsun 1994 vertagt worden. Das Schließen der Schleusen zum aktuellen Zeitpunkt wird gerade genug Zeit lassen, um das Minimum an Vorsichtsmaßnahmen für die Sicherheit des Dammes durchzuführen.

Obschon das Schließen der Schleusen, wie oben erwähnt,



Der Tempel von N

in keiner Weise  
Entschädigungs  
CAC und der  
daß Umsiedlun  
ner Überschw  
seien. Auch G  
bis zu dieser H  
ser Höhe ne  
Untersuchunge  
auch andere Ur  
In Ergänzung  
schleusen in S  
gebnis des Sch  
Stausees auf ei  
oder unterhalb  
rend des Mon  
Fließmenge st  
Meter oder da  
sorgen, daß di  
der Nicht-Mor  
1995, zwische  
gesagt, sind  
diese Wassers  
weltauswirkun  
detailliert erfo  
Schritte unter  
des Wasserflu  
Die Erhöhu  
wobei diese P  
und Entschäd  
Dringlichkeit  
1500 Hektar  
fügbar gemac



Der Tempel von Manibeli: Aufgrund des Rückstaus am Narmada-Damm stand er bereits beim Monsun 1993 unter Wasser. In diesem Jahr sind viele weitere Dörfer von Überschwemmung bedroht. (Foto: Susanne Hildebrandt)

in keiner Weise in Beziehung steht zu den Umsiedlungs- und Entschädigungsprogrammen, wurde dies dennoch vom SSCAC und der NCA untersucht. Maharashtra hat versichert, daß Umsiedlung und Entschädigung in ihrem Staat bis zu einer Überschwemmungshöhe von 69 Metern durchgeführt seien. Auch Gujarat hat die Umsiedlung und Entschädigung bis zu dieser Höhe durchgeführt. Madhya Pradesh ist bei dieser Höhe noch nicht betroffen. Flora- und Fauna-Untersuchungen sind bis zu dieser Höhe abgeschlossen und auch andere Umweltaspekte wurden berücksichtigt.

In Ergänzung zu den Bauschleusen wurden vier Flußschleusen in 53 Meter Höhe im Damm eingelassen. Als Ergebnis des Schließens der Bauschleusen wird der Pegel des Stausees auf ein Maximum von 59 Metern ansteigen und auf oder unterhalb dieser Höhe bis zum Juni 1994 bleiben. Während des Monsun 1994 wird das Wasser entsprechend der Fließmenge steigen, aber nach dem Monsun wieder auf 59 Meter oder darunter sinken. Die Flußschleusen werden dafür sorgen, daß die Wasserstandshöhe des Stausees sich während der Nicht-Monsun-Zeit, nicht nur 1994 sondern auch bis Juni 1995, zwischen 53 und 59 Metern bewegt. Wie oben bereits gesagt, sind Umsiedlung und Entschädigung bezogen auf diese Wasserstandshöhe vollständig durchgeführt. Die Umweltauswirkungen am Unterlauf des Flusses sind ebenfalls detailliert erforscht und es wurden adäquate und angemessene Schritte unternommen, um die minimalen Erfordernisse bzgl. des Wasserflusses etc. zu befriedigen.

Die Erhöhung der Dammblocke wurde sorgfältig bedacht, wobei diese Erhöhung mit dem Fortschritt von Umsiedlung und Entschädigung verknüpft wurde. Maharashtra hat auf die Dringlichkeit und Notwendigkeit hingewiesen, daß weitere 1500 Hektar Wald für Umsiedlung und Entschädigung verfügbar gemacht werden müßten, um die Projektbetroffenen

aus dem Akkalkuva Taluka [richtig wäre: in den Akkalkuva Taluka] umsiedeln zu können, die von der Überschwemmung zwischen 69 und 80,3 Metern Höhe betroffen wären. In diesem Zusammenhang fand ein Treffen statt zwischen den Ministerpräsidenten von Maharashtra, Gujarat und Madhya Pradesh mit dem Premierminister Indiens am 12.1.1994 und unter anderem wurde beschlossen, weitere 1500 Hektar Wald freizugeben, wie Maharashtra es gewünscht hatte. Das Ministerium für Umwelt und Forsten hat danach die Freigabe dieser 1500 Hektar Wald genehmigt.

Unter Berücksichtigung der oben erläuterten Haltung haben wir uns erst jetzt entschieden, mit weiteren Arbeiten wie im folgenden beschrieben fortzufahren: (i) Die Bauschleusen in 18 Meter Höhe zu schließen. (ii) Die Überlaufblöcke 30 und 31 werden nicht höher als 69 Metern erhöht; Block Nr. 43 wird nicht über 70,2 Meter erhöht und die Überlaufblöcke Nummer 44 bis 48 werden bei einer Höhe von 80,3 Metern gehalten, bis eine erneute Untersuchung stattgefunden hat. (iii) Die Höhe der verschiedenen Blöcke wird so sein, daß eine angestaute Höhe von 100 Metern, für eine Flut, wie sie alle 100 Jahre vorkommt, auf keinen Fall während der 1994 Flut überschritten würde. Die Höhe der Blöcke, um diese Bedingung zu erfüllen, wurde durch Analysen bestimmt und durch Modellversuche getestet. (iv) Alle Vorkehrungen werden getroffen werden, um vorzusorgen für betroffene Dörfer bei einer temporären Überschwemmung von 100 Metern angestaute Höhe am Staudamm, wie bei einer 100-Jahres-Überschwemmung zu erwarten.

So wird sichergestellt werden, daß die Regierung Indiens und die beteiligten Bundesstaaten sich der befriedigenden Koppelung zwischen der Durchführung von Umsiedlung und Entschädigung und den Bauarbeiten verpflichtet fühlen. Lassen Sie mich Ihnen versichern, daß dies strikt befolgt wird."

## Stellungnahme von Medha Patkar

Die Auswirkungen des Schließens der unteren Schleusentore beim Sardar-Sarovar-Projekt am 23.2.1994: Es bedeutet nichts anderes, als daß der Sardar-Sarovar-Stausee jetzt aufgefüllt wird. Ab sofort beginnt damit zum ersten Mal die permanente Überschwemmung.

Im Moment sind Stahltore vor die zehn unteren Schleusen (18 Meter über NN) gesetzt, die einen Durchlaß von jeweils fünf mal drei Metern hatten. Die Betonierarbeiten werden voraussichtlich in den nächsten ein oder zwei Tagen beginnen. Von da an werden die Schleusen irreversibel verschlossen sein. Aber schon jetzt, mit dem Setzen der Stahltore, beginnt das Wasser zu steigen. Da die nächsthöheren Durchlässe sich auf einer Höhe von 53 Metern befinden, wird der Stausee nach offiziellen Angaben auf die Höhe von 59 Metern steigen und dabei in den nächsten Tagen einige Häuser und Felder von Dörfern in Gujarat und Maharashtra überfluten, es sei denn, die Tore werden nochmals geöffnet und die Pläne zum Betonieren der Schleusen aufgegeben.

Die Auswirkungen sind bereits zu spüren. Die Gemüsefelder im Flußbett, die von den Adivasi (Ureinwohner) aus Manibeli mit "Dew", einem Gemüse der Adivasi, bepflanzt sind, waren bereits am 24.2.94 überschwemmt, einen Tag nachdem die Eisentore heruntergelassen wurden. Es ist zu erwarten, daß innerhalb des nächsten Tages Felder und Häuser in den Dörfern Mokhadi, Shurpan, Vadgam (Gujarat) und Manibeli, Danel, Mukhadi (Maharashtra) ebenfalls betroffen sein werden. Die Menschen leben noch in diesen Dörfern und sind nicht umgesiedelt: Einige von ihnen sind zwar bereit zu gehen, aber selbst diese Menschen konnten noch nicht umgesiedelt werden. Andere wollen ihre Heimat nicht verlassen, weil sie nicht an Umsiedlungsmöglichkeiten glauben. Damit ist das Auffüllen des Stausees ein gravierender Verstoß gegen den Beschluß des Narmada Water Disputes Tribunal (Narmadawasser Streittribunal) und das Urteil des Hohen Gerichtshofes [im Aug. 1991]. Es widerspricht auch dem Abkommen mit der Weltbank, das ebenfalls eine enge Verknüpfung von Bauarbeiten, Überschwemmung und Umsiedlung enthielt.

Zusammen mit dem Schließen der Schleusentore hat die Regierung Gujarats angekündigt, daß der Staudamm, wie ursprünglich geplant, bis zu einer Höhe von 80,3 Metern weitergebaut werden soll. Dies ist eine Mißachtung der Anweisung durch die Umwelt- und Umsiedlungs-Untergruppe der Narmada-Kontroll-Behörde, die beschlossen hatte, daß der Staudamm nicht höher als 67 Meter gebaut werden dürfe und die Schleusen offen bleiben müßten, weil in den Bereichen Umsiedlung, Vorbereitung des Geländes auf die Überflutung und Aufforstung zur Kompensation des verlorenen Waldes noch keine ausreichenden Fortschritte zu verzeichnen seien.

Sollte die angegebene Höhe bis zum Juni 1994 tatsächlich erreicht werden, werden die Gesetze und Abmachungen noch viel stärker verletzt. Die Überschwemmung würde dann bis zu einer Höhe von mindestens 100,5 Metern reichen und mehrere tausend Familien betreffen. Nach den Angaben des letzten Berichts der Umsiedlungs-Untergruppe der Narmada-Kontroll-Behörde, der dem Obersten Gerichtshof vorgelegt wurde, werden 5423 Familien durch den nächsten Monsun [aufgrund des Rückstaus an der Staumauer] betroffen sein. Seitdem ist kaum eine Familie umgesiedelt. Selbst wenn man die Familien, denen neues Land zugewiesen wurde (die aber noch nicht völlig umgesiedelt sind) nicht mitzählt, bleiben nicht weniger als 2000 bis 2500 Familien übrig, die in Dörfern in Gujarat, Maharashtra und Madhya Pradesh (die meisten von ihnen in Maharashtra) leben. Diese Familien haben noch kein Ersatzland erhalten, weil sie den Nutzen und die Argumente zur Rechtfertigung des Dammes bezweifeln oder weil die Regierungsbehörden sich als ineffektiv herausgestellt

haben und das Land gar nicht verfügbar ist. Es ist schwierig, genaue Zahlenangaben über die Betroffenen zu machen, weil die Daten in den verschiedenen offiziellen Dokumenten unvollständig und widersprüchlich sind. So gibt der oben genannte Bericht an, daß 130 Familien in 2 Dörfern in Madhya Pradesh (im Distrikt Jhabus, Thesil Alirajpur) betroffen sein werden, während die Narmadatal-Entwicklungsbehörde von Madhya Pradesh in einer Pressemitteilung bekanntgab, daß mindestens 15 Dörfer beim Monsun 1994 betroffen sein würden.

Darüberhinaus werden sehr viel mehr Familien darunter zu leiden haben, daß durch Überschwemmung der Straßen der Zugang zu den Dörfern und Ansiedlungen unmöglich wird. Viele Ansiedlungen und Dörfer werden auch für mehrere Monate keinen Zugang zur Narmada haben, wenn drei bis sechs Fuß [etwa ein bis zwei Meter] hoher Schlamm die Ufer bedecken wird, wie es bereits beim Monsun 1993 passierte. Damals hatten die Bewohner und das Vieh von Vadgam große Probleme mit der Wasserversorgung. Dies alles heißt, daß ab Juni 1994 einige tausend Familien gewaltsam und unmenschlich vertrieben werden, indem man sie entweder der dauerhaften oder der temporären Überschwemmung aussetzt, ohne daß sie rehabilitiert wurden.

Direkt von heute an wird das Aufstauen des Wassers innerhalb weniger Tage 50 Familien treffen. Auf ihren Feldern ist Gemüse oder Getreide, das zerstört wird. Die Adivasi bewirtschaften diese Felder - unabhängig davon, ob sie offizielle Landtitel für dieses Land haben oder nicht - seit Jahrzehnten. Besonders für die Zeit der Dürre sind sie auf die Erträge dieser Felder angewiesen.

Auch die Häuser einiger Bewohner wie Bhulabhai Motibhai, Jiku Bhai Tadv (Vadgam, Gujarat), Vania Padvi aus Denel, Arai Padvi und Khalya Padvi aus Mukhadi (Maharashtra) werden bald überschwemmt sein.

Unterhalb des Staudamms wird das Schließen der Schleusen sich sofort auswirken. Die dortigen Dörfer büßen einen Teil ihrer Trinkwasserversorgung ein, der Grundwasserspiegel in den Brunnen und anderwärtig wird sinken. Die Fischer und Schiffsleute werden die Basis für ihre Lebensgrundlage von jetzt an langsam, aber zunehmend verlieren. Auch wenn die Regierung sagt, daß sie Vorsorge getroffen hätte, Wasser vom Oberlauf am Staudamm vorbei flußabwärts zu pumpen, wird das nicht ausreichen. Weder sind bisher die Auswirkungen flußabwärts wirklich erforscht worden, noch gibt es Pläne für die dort betroffene Bevölkerung einschließlich der Fischer.

Der Wald, besonders in Maharashtra, wird ebenfalls überschwemmt, ohne daß bisher entsprechende Flora- und Fauna-Untersuchungen abgeschlossen wurden.

Das Schließen der Schleusen und der Weiterbau am Staudamm, die von der betreffenden Untergruppe der Narmada-Kontroll-Behörde untersagt worden war, soll jetzt erlaubt worden sein, weil 1500 Hektar Waldland im Akkalkuwa Tehsil (Distrikt Duhle, Maharashtra) zum Abholzen freigegeben wurden. Dies ist jedoch nicht annehmbar, da das Land (wahrscheinlich sogar mit offizieller Genehmigung) freigegeben wurde, ohne die Landrechte der dort lebenden Adivasi, ihre Abhängigkeit von der Nutzung des Waldes und die ökologischen Auswirkungen zu berücksichtigen und ohne die Bedingungen zu erfüllen, die vom Ministerium eingefordert wurden. Aus genau diesen Gründen sind die zuvor [1992] für Umsiedlung freigegebenen 2769 Hektar Wald in Taloda weitgehend noch ungenutzt und werden zur Zeit sogar vom Ministerium für Umwelt und Forsten wieder entzogen. Genau dasselbe kann jetzt mit dem neuen Land passieren. Damit wird allerdings auch klar, daß die Regierung Maharashtras bis heute kein geeignetes Land für Umsiedlungen zur Verfü-

gung stellen kann. Ganz offensichtlich hat sie nur Land anzubieten, das bewaldet ist (das Land in Taloda und Akkalukuwa ist von hunderttausenden von Bäumen bestanden). So wird ein schlechter Präzedenzfall geschaffen, dem Madhya Pradesh vielleicht folgen wird und der erhebliche Störungen des ökologischen Gleichgewichts zur Folge haben wird. Flächen zur Kompensation für Abholzungen und im Stausee verlorenes Land, die anstelle der abgeholzten Wälder versprochen worden waren, sind weit von einer Bereitstellung entfernt; stattdessen ist die Suche nach Land mit Problemen überhäuft, die durch die Rechte der dort lebenden Adivasi entstehen.

Somit steht fest, daß diesem heimlichen und hastigen Beginn der Überflutung die klare Absicht zugrundeliegt, die Adivasi in Angst zu versetzen und sie damit zu zwingen, was auch immer ihnen angeboten wird zu akzeptieren oder sogar einfach nur ihr Land aufzugeben und wegzuziehen.

Es ist offensichtlich, daß die Regierung nicht einmal diese vielen Adivasi-Familien angemessen entschädigen kann, die dieses Jahr wegen des Monsuns betroffen sein werden. Nicht einmal Land ist für alle verfügbar und bereitgestellt.

Viele von denen, die bereits in Gujarat oder Maharashtra umgesiedelt wurden, haben große Schwierigkeiten wie

schlechte Qualität des zugewiesenen Landes, Brennholzes, Wassers oder sonstige Probleme. Auch sie können nicht entschädigt werden, obwohl offizielle Berichte sie schon direkt nach der Zuweisung des neuen Landes entsprechend eingestuft haben.

Die Entscheidung zum Schließen der Schleusen wird somit unvermeidbar eine schwierige Situation herbeiführen, die einen intensiven, hitzigen Kampf der organisierten Adivasi zur Folge haben wird und mit Sicherheit die Glaubwürdigkeit der Bundesstaats-Regierungen, insbesondere Maharashtras und Gujarats, und der indischen Union in der ganzen Welt in Frage stellen wird. Die Weltbank hat bereits damit gedroht, ihre Unterstützung für andere Projekte zu überdenken, wenn beim Sardar Sarovar Projekt die Abmachungen nicht eingehalten werden sollten, und die Regierung daran erinnert, daß sie der Weltbank versichert habe, die Schleusen nicht zu schließen, bevor die betroffenen Dörfer vollständig umgesiedelt und entschädigt sind.

25. Februar 1994, gez. Medha Patkar, Narmada Bachao Andolan (Bewegung zur Rettung der Narmada)

(Übersetzungen: Bruni Weißen)

## Bau am Tehri Staudamm geht weiter

Auch die Realisierung des Tehri Staudammes rückt bedrohlich näher (siehe dazu auch z.B. 'Südasiens', 4-5/92): Anfang März stimmte das indische Kabinett einer Baufortsetzung des Tehri Staudammes am Bhagirathi Fluß im Bundesstaat Uttar Pradesh zu. Diese Entscheidung ging zwar durch die indische Presse, wurde jedoch bisher nicht offiziell bekanntgegeben.

Der Staudamm, der einer der höchsten Asiens sein wird, befindet sich in einer Erdbeben-Zone. Bereits 1991, nachdem ein Erdbeben das Gebiet verwüstet hatte, wurden die Bauarbeiten für eine Sicherheitsüberprüfung vorübergehend eingestellt. Obwohl die Befürworter des Dammes betonen, daß der Damm so konstruiert werden kann, daß er einem Erdbeben mit vergleichbarer Stärke standhält, gibt es unzählige Studien, die das Gegenteil beweisen. Sollte der Damm brechen, könnten einige große flußabwärts gelegene Städte schwer beschädigt werden.

Das Staudammprojekt wird voraussichtlich 100.000 Menschen vertreiben. Die Vorbereitungen für ihre Umsiedlung und Rehabilitation sind bisher völlig unzureichend, unabhängig von der Frage, ob eine Umsiedlung überhaupt einen vergleichbaren Lebensstandard der Betroffenen wiederherstellen kann. Eine Vielzahl von Familien wurde bereits vor zehn Jahren für die Bauarbeiten zur Vorbereitung der Dammbaustelle vertrieben, bis heute haben sie keine angemessene Wasserversorgung und das Land, das ihnen zur Verfügung gestellt wurde, ist von so schlechter Qualität, daß die Familien nicht davon leben können. Obwohl die Zentral-Regierung zumindest auf dem Papier Mittel für die zukünftige Umsiedlung bereitgestellt hat, ist es höchst unwahrscheinlich, daß das Geld tatsächlich auch zur Verfügung stehen wird.

Ursprünglich sollten die Mittel für den Damm aus der UdSSR kommen, aber nach dem Zusammenbruch der früheren Sowjetunion ist die russische Regierung nicht in der Lage, finanzielle Mittel zu gewähren und wird stattdessen technische Geräte und Ausrüstung sowie Fachkenntnisse liefern. Premierminister Rao ist bemüht, sich anderswo Unterstützung zu sichern, und beabsichtigt, die USA und England um finanzielle Hilfe zu bitten. Die deutsche Regierung hat unlängst auf Anfrage mitgeteilt, daß sie das Projekt nicht unterstützen wird.